

„Es sind einschneidende Maßnahmen nötig, um auf den Weg zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik zurückzufinden. Ansonsten stehen wir vor nicht mehr bewältigbaren Herausforderungen.“

Walter Steinmair, Universitätsprofessor

„Italien hat eine verschwenderische Ausgabenpolitik gestartet“

WIRTSCHAFTSPOLITIK: Universitätsprofessor Walter Steinmair über das Verschuldungsproblem Italiens und das drohende Defizitverfahren

BZOEN (D). Italiens Wirtschafts- und Haushaltspolitik verschafft ein Wechselbad der Gefühle. Zeiten der Euphorie und des Aufbruchs alternieren mit Abschnitten der Angst und Sorge um die Zukunft des Landes. Unmittelbar nach der Europa-Wahl herrscht wieder Katerstimmung. Die Europawahlen haben weder in die eine noch in die andere Richtung Klarheit gebracht. Weder zeichnen sich in Italien Mehrheiten für eine konsequente Sparpolitik ab noch in Europa eine solide Allianz für eine radikale Kurskorrektur bei den Haushaltsregeln. Die „Dolomiten“ haben mit Professor Walter Steinmair von der Universität Innsbruck über die aktuelle Situation und die anstehenden Entwicklungen gesprochen.

„Dolomiten“: Herr Steinmair, wie beurteilen Sie die aktuelle Situation?

Walter Steinmair: Das Verschuldungsproblem ist derzeit akuter als je zuvor – und damit unmittelbar zusammenhängend die Wachstumsfrage. Die gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen geben hier ein klares Bild ab. In den vergangenen 12 Jahren, also von 2007 bis 2018, sind die italienischen Staatsschulden erneut kräftig angestiegen und zwar von 1606 Milliarden auf 2322 Milliarden Euro. Der Schuldenberg hat sich ab 2007 um rund 700 Milliarden Euro erhöht. Im gleichen Zeitraum ist die italienische Volkswirtschaft aber kaum gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich von 1610 Milliarden Euro auf nur 1757 Milliarden Euro erhöht, also in Summe um rund 150 Milliarden Euro. Inflationsbereinigt lag das italienische Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum praktisch bei null. Das Missverhältnis zwischen Schuldenanstieg und Wachstum ist also enorm, und dies trotz aller Verpflichtungen zur Haushaltsdisziplin. Man muss sich die Frage stellen, wohin die ge-

nannten 700 Milliarden Euro eigentlich geflossen sind. Hinzu kommt noch der Schuldendienst, wofür von 2010 bis 2018 rund 650 Milliarden Euro an Zinsen auf Staatsanleihen bezahlt wurden. Die Zeichen werden immer klarer, dass Italien an einer Weggabelung steht, eben an einem Scheideweg. Es sind einschneidende Maßnahmen nötig, um auf den Weg zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik zurückzufinden. Ansonsten stehen wir vor nicht mehr bewältigbaren Herausforderungen.

„Italien ist aus dem Krisenmodus nicht mehr herausgekommen.“

Walter Steinmair

„Dolomiten“: Das sind tatsächlich beängstigende Perspektiven. Worauf basiert Ihre Sorge primär?

Steinmair: Da wäre einmal die weltwirtschaftliche Entwicklung. Die internationale Konjunkturlage trübt ein. Europaweit haben die Staaten Vorsorge betrieben; einige Staaten haben Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet. Italien würde eine neue Wirtschafts- und Finanzkrise hingegen völlig überfordern.

„Dolomiten“: Italien hat sich also auf einen möglichen Konjunkturabschwung nicht rechtzeitig vorbereitet?

Steinmair: Genau. Konjunkturzyklen sind so alt wie die Menschheitsgeschichte. Dass man in Zeiten der wirtschaftlichen Erholung Vorsorge betreibt für die nächste Krise, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Italien ist aber aus dem Krisenmodus nicht mehr herausgekommen. In zahlreichen Staaten, wie etwa den USA, Großbritannien, Deutschland, Österreich, aber auch Spanien haben in den letzten Jahren alle konjunkturellen Daten nach oben gezeigt, man ist dort für die nächste Krise gewappnet. In Italien begnügte man sich mit einem Stillstand. Man war offenbar froh, dass sich die Situation nicht weiter verschlechterte. Das ist aber viel zu wenig.

„D“: Und dann kam noch die populistische Politik der neuen Regierung hinzu?

Steinmair: Sehr richtig. Bereits den Vorgängerregierungen seit 2007 – ob Mitte-Rechts, Mitte-Links oder technisch – ist es nicht gelungen, die aufgezeigte Explosion der italienischen Staatsschulden einzudämmen. Daraus lässt sich schließen, dass das Schuldenproblem nicht unbedingt von der politischen Couleur der Verantwortlichen abhängig ist, sondern es sich hier vielmehr um ein systemisches Problem der gesamten italienischen Politik und Gesellschaft handelt. Zumindest aber war man sich bis 2018 eher der Problematik bewusst und hat die europäischen Vorgaben ernster genommen. Die Regierung Salvini-Di Maio hat hingegen eine geradezu aggressiv-verschwenderische Ausgabenpolitik gestartet, in deren Rahmen jede Gruppierung ihre Klientel bedienen durfte. Begonnen hat Di Maio mit dem Grundeinkommen und Salvini folgte mit der Rücknahme der Pensionsreform (Quote 100) als auch mit der Einführung einer Flat Tax, deren haushaltmäßige Deckung und Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung derzeit noch nicht klar erkennbar sind. Wie auf dieser Grundlage die gefürchtete Mehrwertsteuer-Erhöhung auf 25,2 Prozent abgewendet werden soll, ist noch völlig unklar.

„Ist das nicht ein zu hoher Preis für rein populistische Maßnahmen?“

Walter Steinmair

Und man muss sich dabei Folgendes vor Augen führen: De facto wird damit das Mindesteinkommen sowie die Pensionsreformrücknahme – mit zweifelhaften konjunkturellen Impulsen – möglicherweise mit einer Mehrwertsteuer-Erhöhung erkaufte, die dramatische Auswirkungen auf die Konjunktur haben dürfte. Der Konsum könnte richtiggehend abgewürgt werden. Die Frage muss lauten: War es das wert? Ist das nicht ein zu hoher Preis für rein populistische Maßnahmen?

„D“: Die Europäische Kommission hat der italienischen Regierung den „blauen Brief“ schon zugesandt und sich sehr kritisch über die italienische Haushaltspolitik geäußert. Italien stehen Sanktionen ins Haus. Die italienische Regierung hat umgehend versucht zu beschwichtigen. Was halten Sie von diesem Dialog?

Steinmair: Die Argumente der italienischen Regierungen überzeugten bislang – leider – nicht. Nun ist seit 6. Juni eingetreten, was eintreten musste. Die EU-Kommission empfiehlt als ersten Schritt, ein Defizitverfahren gegen Italien einzuleiten. Jetzt muss Rom mit konkreten Maßnahmen Klarheit liefern mit Zahlen und Fakten, um wie im Vorjahr vereinbart, die Schulden zu senken. Dies wird nicht nur von der EU-Kommission, sondern von allen anderen Mitgliedstaaten erwartet.

„D“: Also wurden die Konjunkturdaten „geschönt“?

Steinmair: Man muss sich tatsächlich fragen, was die Ursachen dieser ständigen Verständigungsschwierigkeiten zwischen Rom und Brüssel sind. Kürzlich veröffentlichte Studien haben gezeigt, dass ein wesentlicher Teil dieser Misere auf unrealistischen Wachstumsprognosen beruht und auch auf der Ausgabenpolitik. Italien hat ein ganz grundlegendes Wachstumsproblem und die italienischen Regierungen der letzten Jahrzehnte haben dieses systematisch ignoriert oder falsch berechnet. Damit konnte man auch die verschwenderische Ausgabenpolitik besser kaschieren. Und diese Problematik setzt sich bis zum heutigen Tag fort: Die italienischen Regierungen gehen von nicht realisierbaren Wachstumserwartungen aus und passen das Ausgabenniveau nicht an die reale, weit bescheidenere wirtschaftliche Entwicklung an.

„D“: Es werden Luftschlösser errichtet?

Steinmair: In der Substanz ja. Dabei gibt es eine auffällige Diskrepanz: So leichtfertig man auf Staatsebene mit dem Verschuldungsproblem umgeht, so sparsam und umsichtig sind die italienischen Familien, die deshalb auch über ein vergleichsweise höheres Vermögen verfügen als etwa die deutschen Familien.

„In Italien bräuchte es eine Art Pakt für die Zukunft des Landes.“

Walter Steinmair

„D“: So ist gesunde Vorsicht also allzu großem Optimismus vorzuziehen?

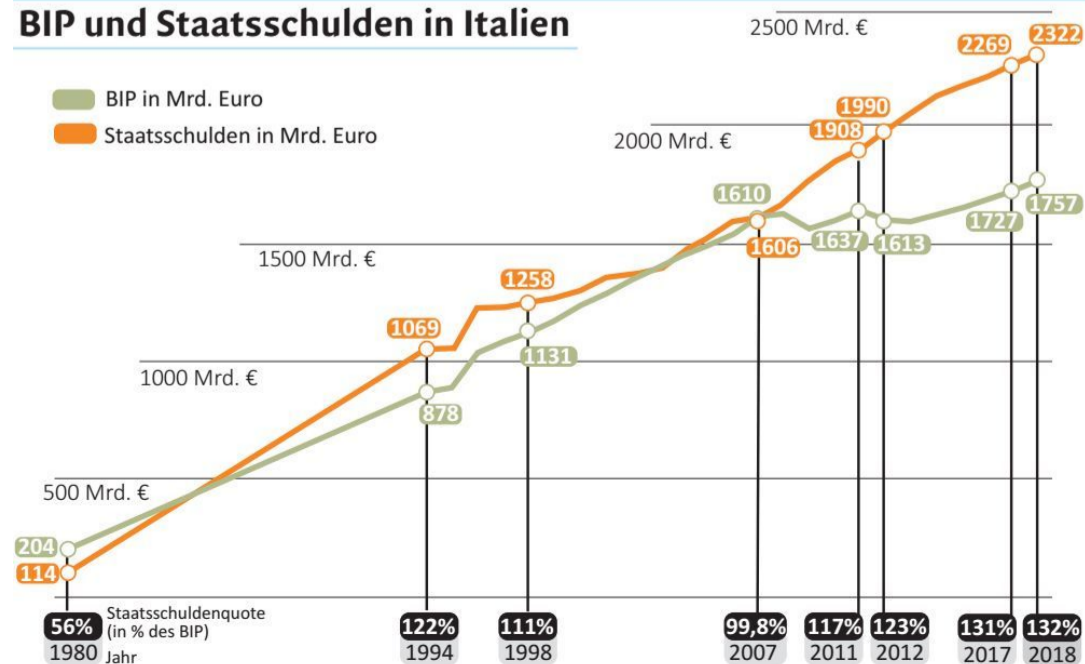
Steinmair: Auf allen Ebenen. Die Probleme zu erkennen und zuzugeben, ist der erste Schritt für ihre Überwindung. In Italien bräuchte es eine Art Pakt für die Zukunft des Landes mit Infrastrukturmaßnahmen, Investitionen in die Bildung und einen noch wirksameren Kampf gegen die Korruption. Und insbesondere muss der Wettbewerb gefördert werden – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im staatlichen und halbstaatlichen Bereich wie etwa im Gesundheitswesen. Die gegenwärtige Abwanderung der Ärzte von der Sanität, auch in Südtirol, ist ein klares Zeichen für diesen Notstand.

„D“: Und an einer konsequenten Sparpolitik führt auch in Europa kein Weg vorbei?

Steinmair: Grundsätzlich nicht. Aber die verschärften Maastricht-Kriterien (Schuldenbremse) sind neu zu verhandeln: Für Investitionen in die Zukunft (insbesondere Infrastrukturen, Bildung, Gesundheit, Innovation und Umweltschutz) sind in jedem Fall Ausnahmen zu gewähren, weil diese nachhaltig wirken. Man wird dabei einen strengen Maßstab anlegen müssen, aber dort, wo ernsthafte Bemühungen in diese Richtung unternommen werden, sollten auch entsprechende Möglichkeiten zu einer geordneten Schuldenaufnahme geschaffen werden.

© Alle Rechte vorbehalten

BIP und Staatsschulden in Italien



Dolomiten - Infografik: M. Lemanski/A. Delvai



Walter Steinmair: „Das Verschuldungsproblem ist derzeit akuter als je zuvor.“